

N° 497.

ALLEMAGNE ET AUTRICHE

Convention relative aux questions intéressant les mutilés de guerre et les ayants droit des soldats morts à la guerre, signée à Berlin le 17 août 1921.

GERMANY AND AUSTRIA

Convention relating to matters concerning persons disabled in the war and the surviving dependants of soldiers killed in the war, signed at Berlin, August 17, 1921.

TEXTE ALLEMAND. --- GERMAN TEXT.

No. 497. — VERTRAG¹ ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN REICHE UND DER REPUBLIK OESTERREICH IN ANGELEGENHEITEN KRIEGSBESCHÄDIGTER UND KRIEGSHINTERBLIEBENER, GEZEICHNET IN BERLIN, DEN 17. AUGUST 1921.

Texte officiel allemand communiqué par le Consul d'Allemagne à Genève. L'enregistrement de cette convention a eu lieu le 19 septembre 1923².

Official German text communicated by the German Consul at Geneva. The registration of this agreement took place September 19, 1923².

Das DEUTSCHE REICH und die REPUBLIK ÖSTERREICH, vom Wunsche geleitet, Angelegenheiten der beiderseitigen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu regeln, sind übereingekommen, den nachstehenden Vertrag abzuschliessen, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt :

DIE DEUTSCHE REGIERUNG :

den Wirklichen Legationsrat im Auswärtigen Amte Dr. Gerhard KÖPKE

DIE ÖSTERREICHISCHE REGIERUNG :

ihren Geschäftsträger in Berlin, Legationsrat I. Klasse, Nikolaus Post.

Die Bevollmächtigten haben, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen sich geeinigt :

Artikel 1.

VEREINBARUNG ÜBER KRIEGSBESCHÄDIGTE, WELCHE IN DER WEHRMACHT DES ANDEREN TEILES GEDIENST HABEN, SOWIE ÜBER IHRE ANGEHÖRIGEN UND HINTERBLIEBENEN.

Das Deutsche Reich gewährt österreichischen Staatsangehörigen, die in der deutschen Wehrmacht während des Krieges 1914/18 Dienste geleistet haben, sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen die Versorgung nach dem deutschen Reichsversorgungsgesetze vom 12. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. S. 989) einschliesslich der sozialen Fürsorge.

Die Republik Österreich gewährt deutschen Reichsangehörigen, die in der österreichisch-ungarischen Wehrmacht während des Krieges 1914/18 Dienste geleistet haben, sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen die Vergütungen nach dem österreichischen Invaliden-Entsündigungsgesetze vom 25. April 1919 (Staatsgesetzbl. Nr. 245) einschliesslich der über die Leistungen dieses Gesetzes hinausgehenden sozialen Fürsorge.

¹ L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 13 avril 1922.

² Voir renvoi page 348, vol. I de ce Recueil.

¹ The exchange of ratifications took place at Berlin, April 13, 1922.

² See footnote page 348, vol. I of this Series.

Als Kriegsteilnehmer im Sinne von Abs. 1 und 2 gelten auch auf deutscher Seite : Personen, auf welche § 88 des Reichsversorgungsgesetzes Anwendung findet,
auf österreichischer Seite : Personen, deren Dienstleistungen nach § 2 des Invaliden-Entschädigungsgesetzes militärischen Diensten gleichgestellt sind.

Artikel 2.

VEREINBARUNG ÜBER UNEHELICHE KRIEGSWAISEN, DIE IM GEBIET EINES DER BEIDEN
VERTRAGSTEILE WOHNEN.

Die Republik Österreich gewährt :

den in Österreich oder im Deutschen Reiche wohnenden unehelichen Kriegswaisen, deren Mütter im Zeitpunkt des Todes des Erzeugers die deutsche Staatsangehörigkeit besessen und deren Väter während des Krieges 1914/18 in der österreichisch-ungarischen Wehrmacht Dienste geleistet haben, die Vergütung nach dem Invaliden-Entschädigungsgesetz einschliesslich der sozialen Fürsorge,

den im Deutschen Reiche wohnenden aber nur unter der Voraussetzung, dass der Vater in einer Gemeinde des österreichischen Staatsgebietes heimatsberechtigt war oder in einer solchen Gemeinde zuletzt gewohnt hat.

Das Deutsche Reich gewährt :

den im Deutschen Reiche oder in Österreich wohnenden unehelichen Kriegswaisen, deren Mütter im Zeitpunkt des Todes des Erzeugers in einer Gemeinde des österreichischen Staatsgebietes heimatberechtigt waren und deren Väter während des Krieges 1914/18 in der deutschen Wehrmacht Dienste geleistet haben, die Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz einschliesslich der sozialen Fürsorge.

Artikel 3.

VEREINBARUNG ÜBER KRIEGSBESCHÄDIGTE, WELCHE NICHT IN DER WEHRMACHT DES ANDREN
VERTRAGSTEILES GEDIENST HABEN, SOWIE ÜBER IHRE ANGEHÖRIGEN UND HINTERBLIEBENEN.

§ 1.

Jeder der beiden Teile räumt nach Massgabe der §§ 2—6 dieses Artikels den in seinem Gebiete wohnenden Kriegsbeschädigten des anderen Teiles die gleichen Begünstigungen wie den eigenen Kriegsbeschädigten ein.

Als Kriegsbeschädigte gelten auch die unter § 88 des Reichsversorgungsgesetzes fallenden und solche Personen, deren Dienstleistungen nach § 2 des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes militärischen Diensten gleichgestellt sind.

Als im Gebiete des anderen Teiles wohnend werden die Kriegsbeschädigten angesehen, die sich dort ständig niedergelassen haben.

§ 2.

Die im § 1 gewährleistete Gleichstellung der beiderseitigen Kriegsbeschädigten umfasst namentlich :

1. die Heilfürsorge einschliesslich der Aufnahme in öffentliche Krankenanstalten in Fällen des unabweisbaren Bedürfnisses ;
2. die Gewährung der erforderlichen Körperersatzstücke unter derselben Voraussetzung ;

3. die berufliche Ausbildung zur Erhöhung der Erwerbsfähigkeit mit Einschluss der notwendigen Unterkunft und Verpflegung in den dafür in Betracht kommenden Anstalten oder der an Stelle von Unterkunft und Verpflegung zu gewährenden Geldleistungen ;

4. Bevorzugung bei Einstellung in öffentliche und private Betriebe mit Ausnahme der öffentlichen Ämter nach Massgabe der Gesetze des Aufenthaltsstaats ;

5. die Mitberücksichtigung bei gelegentlichen Wohlfahrtsveranstaltungen verschiedener Art durch Abgabe von Gegenständen des täglichen Bedarfs, Zuteilungen von Lebensmitteln und dergleichen mehr.

§ 3.

Abgesehen von den im § 2 Nr. 3 vorgesehenen Fällen erstrecken sich die nach den § 1 und 2 getroffenen Vereinbarungen nicht auf Geldleistungen, welche den eigenen Kriegsbeschädigten, sei es auf Grund von Renten-oder Nebenansprüchen, sei es zur Unterstützung über den Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen hinaus, gewährt werden.

§ 4.

Die Fürsorgestellten eines jeden der beiden Teile sind den Kriegsbeschädigten des anderen Teiles für alle nach diesem Vertrage in Betracht kommenden Hilfeleistungen zugänglich und gehen ihnen mit Ausnahme der sich aus § 3 ergebenden Beschränkungen in gleicher Weise an die Hand wie den eigenen Kriegsbeschädigten.

§ 5.

Die Fürsorgestellten sowie die sachlich beteiligten Verwaltungsbehörden beider Teile leisten einander bei allen im Rahmen der eigenen Verwaltungseinrichtungen vollziehbaren Verfügungen (Zustellung von Ladungen und anderen Schriftstücken, Erhebungen zur Ermittlung gesetzlicher Anspruchsberechtigungen oder der für Fürsorgezwecke benötigten Angaben u.s.w.) Amtshilfe.

Insbesondere sind ärztliche Untersuchungen von Kriegsbeschädigten zu Versorgungs-, Vergütungs- oder Fürsorgezwecken auf Antrag durch die zuständigen Stellen des anderen Teiles zu vermitteln.

Ferner teilen sich die beiden Teile Tatsachen, die auf den Fortbezug der Renten von Einfluss sind, mit.

Auf Antrag übernimmt endlich jeder der beiden Teile in dringenden Fällen oder im Interesse einer Vereinfachung des Verfahrens gegen besondere Entschädigung auch andere Leistungen, sofern er über die dafür erforderlichen Einrichtungen verfügt. Die Art der Kostenverrechnung bleibt in diesen Fällen der Verständigung im Einzelfalle vorbehalten.

§ 6.

Soweit der eine Teil seinen Kriegsbeschädigten in Angelegenheiten der Versorgung und Fürsorge Stempel und Gebührenfreiheit gewährt, gesteht er diese auch den Kriegsbeschädigten des anderen Teiles zu.

§ 7.

Die Bestimmungen der § 1—6 dieses Artikels werden sinngemäss auf Angelegenheiten der Kriegshinterbliebenen sowie der Angehörigen von Kriegsvermissten und Kriegsbeschädigten angewendet.

Artikel 4.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN.

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin sobald als möglich ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er kann zum 1. Juli 1922 unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist, nach diesem Zeitpunkt zum Schlusse eines Kalender-Halbjahres unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist von jedem der beiden Teile gekündigt werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 17. August 1921.

(L. S.) KÖPKE.

(L. S.) POST.

¹ TRADUCTION.

No. 497. — CONVENTION ENTRE LE REICH ALLEMAND ET LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE, RELATIVE AUX QUESTIONS INTÉRESSANT LES MUTILÉS DE GUERRE ET LES AYANTS DROIT DES SOLDATS MORTS A LA GUERRE, SIGNÉE A BERLIN LE 17 AOUT 1921.

Le REICH ALLEMAND et la RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE, animés du désir de régler les questions intéressant les mutilés de guerre et les survivants des soldats tombés à la guerre dans les deux pays, ont convenu de conclure la Convention ci-dessous ;

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ TRANSLATION.

No. 497. — CONVENTION BETWEEN THE GERMAN REICH AND THE AUSTRIAN REPUBLIC RELATING TO MATTERS CONCERNING PERSONS DISABLED IN THE WAR AND THE SURVIVING DEPENDANTS OF SOLDIERS KILLED IN THE WAR. SIGNED AT BERLIN, AUGUST 17, 1921.

The GERMAN REICH and the AUSTRIAN REPUBLIC, being desirous of settling matters concerning persons of either party disabled in the war and surviving dependants of persons killed in the war, have agreed to conclude the following Convention.

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

Ils ont, à cet effet, nommé comme plénipotentiaires :

POUR LE GOUVERNEMENT ALLEMAND :

le Dr Gerhard KÖPKE, Conseiller réel de légation au Ministère des Affaires étrangères ;

POUR LE GOUVERNEMENT AUTRICHIEN :

M. Nikolaus POST, Conseiller de légation de 1^{re} classe, Chargé d'affaires à Berlin

Les plénipotentiaires, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article 1.

CONVENTION RELATIVE AUX MUTILÉS DE GUERRE QUI ONT SERVI DANS LES ARMÉES DE TERRE OU DE MER DE L'AUTRE PARTIE, AINSI QU' AUX AYANTS DROIT ET SURVIVANTS DES SOLDATS TOMBÉS A LA GUERRE.

Le Reich allemand accordera aux ressortissants autrichiens qui ont servi dans les armées de terre ou de mer allemandes au cours de la guerre de 1914-1918, ainsi qu'à leurs ayants droit et survivants, une pension aux termes de la loi du Reich allemand du 12 mai 1920 sur les pensions (Reichsgesetzblatt, page 989) ; et en outre l'assistance sociale.

La République d'Autriche accordera aux ressortissants allemands qui ont servi dans les armées de terre ou de mer austro-hongroises, au cours de la guerre 1914-1918, ainsi qu'à leurs ayants droit et survivants, une indemnité aux termes de la loi autrichienne du 25 avril 1919 sur les indemnités des mutilés de guerre (Staatsgesetzblatt N° 245), y compris l'assistance sociale, qui va au delà des dispositions de cette loi.

Seront en outre considérées comme ayant participé à la guerre au sens des articles 1 et 2 :

Par l'Allemagne : les personnes visées par le § 88 de la loi du Reich sur l'assistance ;

Par l'Autriche : les personnes dont les services sont assimilés à des services militaires par le § 2 de la loi sur les indemnités aux mutilés de guerre.

They have for this purpose appointed as their Plenipotentiaries :

THE GERMAN GOVERNMENT :

Doctor Gerhard KÖPKE Wirklicher Legationsrat in the Ministry for Foreign Affairs ;

THE AUSTRIAN GOVERNMENT :

Nikolaus POST, Legationsrat 1. Klasse, Chargé d'affaires at Berlin,

who, after having communicated their full powers, found in good and due form, agreed upon the following provisions :

Article 1.

AGREEMENT CONCERNING PERSONS DISABLED IN THE WAR WHO SERVED IN THE FORCES OF THE OTHER PARTY AND FOR THEIR DEPENDANTS AND SURVIVORS.

The German Reich shall provide a pension and social relief, in accordance with the provisions of the Imperial Public Relief Law dated May 12, 1920 (State Legal Gazette, p. 989), for Austrian nationals who served in the German forces during the War in 1914/18 and for their dependants and survivors.

The Austrian Republic shall provide compensation, according to the provisions of the Austrian law concerning disablement pensions, dated April 25, 1919 (Staatsgesetzbl. No. 245) and also social relief which is not included in the provisions of this law, for German nationals who served in the Austro-Hungarian forces during the War of 1914/18 and for their dependants and survivors.

The following shall also be considered to have performed war service for the purposes of sub-paragraphs 1 and 2 :

On the German side : persons to whom paragraph 88 of the Public Relief Law of the Reich is applicable.

On the Austrian side : persons whose service is reckoned under paragraph 2 of the Disablement Pensions Law as equivalent to military service.

Article 2.

CONVENTION RELATIVE AUX ORPHELINS DE GUERRE, NÉS HORS MARIAGE, ET RÉSIDANT SUR LE TERRITOIRE DE L'UNE DES DEUX PARTIES CONTRACTANTES.

La République d'Autriche accordera aux orphelins de guerre, nés hors mariage, et résidant en Autriche ou en Allemagne, les indemnités auxquelles ils ont droit aux termes de la loi sur les indemnités aux mutilés de guerre, y compris l'assistance sociale, à condition que la mère de ces orphelins ait possédé la nationalité allemande au moment de la mort du père et que celui-ci ait servi pendant la guerre de 1914-1918 dans les armées de terre ou de mer austro-hongroises.

Toutefois, la République d'Autriche n'accordera ces indemnités aux orphelins de guerre nés hors mariage et résidant sur territoire du Reich allemand qu'à condition que le père ait eu son domicile légal ou sa dernière résidence dans une commune située sur le territoire de l'Etat autrichien.

Le Reich allemand accordera aux orphelins de guerre, nés hors mariage et résidant en Allemagne ou en Autriche, une pension aux termes de la loi du Reich sur l'assistance, y compris l'assistance sociale, à condition que la mère de ces orphelins, au moment de la mort du père, ait eu son domicile légal dans une commune située sur le territoire autrichien et que le père ait servi pendant la guerre de 1914-1918 dans les armées de terre ou de mer allemandes.

Article 3.

CONVENTION RELATIVE AUX MUTILÉS DE GUERRE QUI N'ONT PAS SERVI DANS LES ARMÉES DE TERRE OU DE MER DE L'AUTRE PARTIE CONTRACTANTE, AINSI QU'À LEURS AYANTS DROIT ET SURVIVANTS.

§ I.

Chacune des deux Parties contractantes accordera aux mutilés de guerre de l'autre Partie domiciliée sur son territoire les mêmes avantages qu'à ses propres mutilés de guerre, conformément aux §§ 2 à 6 du présent article.

Article 2.

AGREEMENT CONCERNING ILLEGITIMATE WAR ORPHANS LIVING IN THE TERRITORY OF ONE OF THE TWO CONTRACTING PARTIES.

The Austrian Republic shall grant compensation, including social relief, to illegitimate war orphans living in Austria or in the German Reich whose mothers possessed German nationality at the time of the father's death, and whose fathers served during the War of 1914/18 in the Austro-Hungarian forces, as provided by the Disablement Pensions Law.

But in the case of orphans living in the German Reich this compensation shall only be granted upon condition that the father was legally domiciled in or had his last residence in a commune of the Austrian State.

The German Reich shall provide relief, including social relief, according to the Public Relief Law of the Reich for illegitimate war orphans living in the German Reich or in Austria whose mothers at the time of the father's death were legally domiciled in a commune of the Austrian State and whose fathers served during the War of 1914/18 in the German forces.

Article 3.

AGREEMENT CONCERNING PERSONS DISABLED IN THE WAR WHO HAVE NOT SERVED IN THE FORCES OF THE OTHER CONTRACTING PARTY AND CONCERNING THEIR DEPENDANTS AND SURVIVORS.

Paragraph 1.

Each of the Contracting Parties shall, in conformity with paragraph 2-6 of this Article, grant to persons living in its territory who have been disabled in the War and are nationals of the other Party the same advantages as to its own nationals.

Seront également considérées comme mutilés de guerre les personnes visées par le § 88 de la loi du Reich sur l'assistance et les personnes dont les services sont assimilés à des services militaires par le § 2 de la loi sur les indemnités aux mutilés de guerre.

Seront considérés comme domiciliés sur le territoire de l'autre Partie les mutilés de guerre qui y ont leur résidence habituelle.

§ 2.

L'équivalence de traitement que le § 1^{er} garantit aux mutilés de guerre des deux pays entraînera notamment pour eux les droits suivants :

1. Le droit à l'assistance médicale, y compris l'admission dans les hôpitaux publics en cas de nécessité absolue ;
2. Le droit d'obtenir les appareils de prothèse nécessaires, sous réserve de la même condition ;
3. Le droit à la rééducation professionnelle en vue de l'augmentation de leur capacité de travail, y compris le logement et la nourriture dans les établissements de rééducation ; le logement et la nourriture pourront être remplacés par des secours en argent ;
4. Un droit de priorité pour l'admission à un emploi dans les entreprises publiques ou privées, à l'exclusion des administrations publiques, conformément aux lois du pays de domicile ;
5. Le droit de participer aux distributions d'objets de première nécessité, d'articles d'alimentation, etc., lorsque distribués par des institutions charitables privées.

§ 3.

Sauf les cas prévus au § 2, chiffre 3, les dispositions des §§ 1 et 2 n'entraîneront pas pour les mutilés de guerre de l'une des Parties le droit d'obtenir les secours en argent, qui seront accordés aux mutilés de guerre de l'autre, soit en raison de leur droit à une pension ou de droits accessoires, soit en vue de leur procurer l'assistance qui dépasse les dispositions de la loi.

The following shall also be considered as disabled : persons who are included under paragraph 88 of the Public Relief Law of the Reich and those whose service is reckoned as equivalent to military service in conformity with paragraph 2 of the Disablement Pensions Law.

Such disabled persons as are permanently resident in the territory of the other Contracting Party shall be considered as domiciled there.

Paragraph 2.

The equal treatment guaranteed by paragraph 1 to disabled persons who are nationals of either Contracting Party shall include :

- (1) Medical relief, including admission to public hospitals in cases of undoubted necessity ;
- (2) The supply of the necessary artificial limbs in the same circumstances as above ;
- (3) Vocational training for the increase of their earning capacity, including the necessary board and lodging in institutes provided for such training, or cash allowances granted instead of board and lodging ;
- (4) Preference in appointment to positions in public and private enterprises and works (with the exception of public offices) so far as is admissible under the laws of the State in which they are resident ;
- (5) Share in the distribution of articles of daily necessity, food and the like from private welfare institutions of various kinds.

Paragraph 3.

Apart from the cases provided for in paragraph 2, No. 3, the relief which it is agreed to grant under paragraphs 1 and 2 shall not include payments in cash which are granted by either Party to its own nationals disabled in the War, whether in respect of claims for annuities, subsidiary allowances or for maintenance beyond what is legally provided for.

§ 4.

Les mutilés de guerre de chacune des deux Parties contractantes auront le droit de s'adresser aux bureaux d'assistance (Fürsorgestellen) de l'autre Partie pour toutes les questions relatives aux secours que le présent Traité leur garantit ; sous réserve des restrictions résultant du § 3, ces bureaux d'assistance accorderont aux mutilés de l'autre Partie les mêmes facilités qu'à ceux de leur propre pays.

§ 5.

Les bureaux d'assistance et les administrations intéressées des deux Parties se prêteront réciproquement une aide administrative en vue de l'exécution de toutes les dispositions applicables dans le cadre de leur organisation administrative propre (communication des assignations et autres pièces, enquêtes en vue de déterminer les droits des mutilés ou en vue d'obtenir les renseignements nécessaires aux bureaux d'assistance).

A la demande des autorités compétentes de l'une des Parties, les autorités de l'autre Partie procéderont aux examens médicaux des mutilés de guerre, nécessaires aux règlements des questions de pensions, d'indemnités ou d'assistance.

En outre, les deux Parties se communiqueront tous les faits qui peuvent influencer sur la continuation du versement des allocations.

Dans les cas urgents ou afin de simplifier la procédure, les autorités de chacune des deux Parties assureront, à la demande de l'autre Partie et moyennant indemnité, des secours d'une autre nature, à condition que les autorités disposent à cet effet de l'organisation nécessaire. Le mode de répartition des dépenses encourues à cette occasion fera, dans chaque cas isolé, l'objet d'un accord spécial.

§ 6.

Lorsque l'une des deux Parties accordera à ses mutilés de guerre l'exemption du droit de timbre et d'autres taxes pour les pièces relatives à des questions de pension et d'assistance, elle en fera bénéficier également les mutilés de guerre de l'autre Partie.

Paragraph 4.

The competent public relief authorities of each of the Contracting Parties shall be accessible to persons disabled in the War belonging to the other Party, in all matters connected with the relief provided for by the terms of this Agreement and, with the exception of the reservations given in paragraph 3, shall afford assistance exactly as if they were nationals of the State in question.

Paragraph 5.

The public relief authorities of the two Contracting Parties, as also the administrative authorities specifically concerned, shall give each other official help in regard to all provisions to be carried out within the scope of their own administrative machinery (production of summonses and other documents, evidence for establishing the validity of claims legally advanced, or data required in connection with social relief).

In particular, the medical examination of persons disabled in the War, in connection with claims for maintenance, compensation or relief, shall be carried out at the request of the competent authorities of the other Party.

Further, the two Parties shall communicate to each other all facts bearing on the continuation of annuities.

Finally, each of the Parties shall, upon request, in urgent cases or for the purpose of simplifying proceedings, furnish additional assistance — for which it shall be specially reimbursed — in so far as it has the necessary means at its disposal. The method of calculating such costs shall be decided by agreement between the parties in each individual case.

Paragraph 6.

In so far as either Party grants exemptions from stamp duty and other charges to its nationals disabled in the War, in matters of maintenance and relief, it shall grant the same exemptions to the disabled nationals of the other Party.

§ 7.

Les deux Parties contractantes appliqueront également *mutatis mutandis* les dispositions des §§ 1 à 6 du présent article aux questions intéressant les ayants droit et familles des disparus et des mutilés de guerre.

Article 4.

DISPOSITIONS FINALES.

La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Berlin.

La présente Convention entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Elle pourra être dénoncée par chacune des deux Parties à la date du 1^{er} juillet 1922, moyennant préavis de trois mois ; après cette date, elle pourra être dénoncée par chacune des deux Parties à la fin de l'année civile moyennant préavis de six mois.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé la présente Convention et l'ont revêtue de leur sceau.

Fait à Berlin en double expédition le 17 août 1921.

(L. S.) KÖPKE.

(L. S.) POST.

Paragraph 7.

The provisions of paragraphs 1 to 6 of this Article shall in principle be applicable to matters concerning relatives and surviving dependants of persons missing and disabled in the War.

Article 4.

FINAL PROVISIONS.

This Treaty shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged at Berlin as soon as possible.

The Treaty shall come into force one month after the exchange of the instruments of ratification. Up to July 1, 1922, it can be denounced by either Party at three months' notice, and thereafter at six months' notice at the end of any calendar half-year.

In faith whereof the Plenipotentiaries have set their hand and seal to the present Agreement.

Done at Berlin in duplicate on August 17, 1921.